

846/A XX.GP

ANTRAG

der Abgeordneten Dr. Andreas Khol, Dr. Feurstein, Kopf
und Kollegen

betreffend ein Bundesverfassungsgesetz, mit dem das Bundes - Verfassungsgesetz
geändert wird

Der Nationalrat wolle beschließen;

Bundesverfassungsgesetz, mit dem das Bundes - Verfassungsgesetz geändert wird

Der Nationalrat hat beschlossen:

Das Bundes - Verfassungsgesetz, zuletzt geändert durch das

Bundesverfassungsgesetz BGBl.Nr. xxx/1998, wird wie folgt geändert:

1. Art. 21 lautet:

1Art. 21. (1) Den Ländern obliegt die Gesetzgebung und Vollziehung in den
Angelegenheiten des Dienstrechtes und des Personalvertretungsrechtes der
Bediensteten der Länder, der Gemeinden und der Gemeindeverbände, soweit
für alle diese Angelegenheiten in Abs. 2 und 3 sowie Art. 14 Abs.2 und Abs. 3
lit. d nicht anders bestimmt ist. Über Streitigkeiten aus vertraglichen
Dienstverhältnissen entscheiden die Gerichte.

(2) Den Ländern obliegt die Gesetzgebung und Vollziehung in den
Angelegenheiten des Arbeitnehmerschutzes der Bediensteten (Abs. 1) und der
Personalvertretung der Bediensteten der Länder, soweit die Bediensteten nicht
in Betrieben tätig sind. Soweit nach diesem Absatz nicht die Zuständigkeit der
Länder gegeben ist, ist der Bund zuständig.

(3) Die Diensthoeheit gegenüber den Bediensteten des Bundes wird
von den obersten Organen des Bundes ausgeübt. Gegenüber den beim
Rechnungshof Bediensteten wird die Diensthoeheit des Bundes vom
Präsidenten des Rechnungshofes ausgeübt. Die Diensthoeheit gegenüber den
Bediensteten der Länder wird von den obersten Organen der Länder ausgeübt;
die Landesverfassung kann jedoch bestimmen, daß die Diensthoeheit
gegenüber Bediensteten des Landes von anderen Organen ausgeübt wird,
soweit dieses Bundesverfassungsgesetz gleichartige Ausnahmen hinsichtlich
der Bediensteten des Bundes vorsieht.

(4) Die Möglichkeit des Wechsels zwischen dem Dienst beim Bund, den Ländern, den Gemeinden und den Gemeindeverbänden bleibt den öffentlich Bediensteten jederzeit gewahrt. Durch Bundesgesetz können besondere Einrichtungen zur Erleichterung des Dienstwechsels geschaffen werden.”

2. Dem Art. 151 wird folgender Abs. angefügt:

„(...) Art. 21 in der Fassung BGBl.Nr. 1 xxx/xxxx tritt mit 1. Oktober 1998 in Kraft.”

BEGRÜNDUNG:

Eine wesentliche Änderung wird in Abs. 2 vorgenommen. Die bestehenden Beschränkungen der Länder hinsichtlich der Regelungen des Dienstvertragsrechtes, die derzeit im Art. 21 Abs. 2 B - VG vorgesehen sind, werden beseitigt. Dies bedingt eine Ergänzung des Abs. 1: Zur Entscheidung von Streitigkeiten aus vertraglichen Dienstverhältnissen sollen die Gerichte zuständig sein. Diese Bestimmung wurde deshalb als erforderlich erachtet, weil es einerseits nahe liegt, Streitigkeiten, die sich aus zivilrechtlichen Rechtsverhältnissen ergeben, der Entscheidung der Gerichte zu unterstellen, andererseits soll aber die Verfassungswidrigkeit einer derartigen landesgesetzlichen Regelung, die damit begründet werden könnte, daß die Länder praktisch einen gesamten Vollziehungsbereich den Gerichten übertragen, durch eine derartige Ermächtigung ausgeschlossen werden. Hingegen soll das bisher in Abs. 1 enthaltene Homogenitätsgebot, demzufolge das Dienstrecht der Länder vom Dienstrecht des Bundes nicht in einem Ausmaß abweichen darf, daß der gemäß Abs. 4 vorgesehene Wechsel des Dienstes wesentlich behindert wird, entfallen.

Abs. 3 übernimmt im wesentlichen die geltende Bestimmung; hiezu ist festzustellen, daß diese Neuerlassung Ausnahmeregelungen (Art. 30 Abs. 3, Art. 148h Abs. 2) nicht berührt. Ausnahmen von dem Grundsatz, daß die Diensthoheit über die Bediensteten des Bundes von den obersten Organen (der Verwaltung) des Bundes ausgeübt wird, sind nicht nur in Art. 21 Abs. 3 (zugunsten des Präsidenten des Rechnungshofes), sondern auch in Art. 30 Abs. 3 (zugunsten des Präsidenten des Nationalrates) und in Art. 148h Abs. 2 (zugunsten des Vorsitzenden der

Volksanwaltschaft) normiert. Neu ist die vorgeschlagene Ergänzung des Abs. 3, wonach es der Landesverfassung ermöglicht werden soll, gleichartige Ausnahmen hinsichtlich der Bediensteten des Landes vorzusehen.

In Abs. 4 wurde der Satz1 daß der Dienstwechsel im Einvernehmen der zur Ausübung der Diensthoheit berufenen Stellen zu vollziehen ist, gestrichen. Die praktische Anwendung dieses Satzes hat nämlich zu Schwierigkeiten geführt: Es wurde die Auffassung vertreten, daß für einen Dienstwechsel auch die Zustimmung jenes Rechtsträgers erforderlich sei, aus dessen Diensten sich eine Person begeben will. Da dieser Satz zu derartigen Mißverständnissen Anlaß gibt und außerdem ohne praktische Bedeutung ist, soll er gestrichen werden.

Der bisherige Abs. 5, der die Bundesgesetzgebung ermächtigt, Amtstitel für die Organe des Bundes, der Länder, der Gemeinden und Gemeindeverbände einheitlich festzusetzen, soll gestrichen werden. Diese Bestimmung hat sich als "totes Recht" erwiesen und erscheint daher überflüssig.

In formeller Hinsicht wird vorgeschlagen, diesen Antrag unter Verzicht auf eine erste Lesung dem Verfassungsausschuß zuzuweisen.